

## **Resolutionsantrag der Partei LINKS gegen Gentrifizierung in der Brigittenau**



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgende:

### Resolution

**Die Bezirksvertretung Brigittenau spricht sich gegen Gentrifizierung im Bezirk aus.**

### Begründung

Gentrifizierung wird durch die Schaffung teurer Neubauten, neue Geschäftsflächen, kommerzielle Nutzung öffentlicher Räume und „kreative“ Zwischennutzungen vorangetrieben. Auch wenn solche Maßnahmen oft als „Aufwertung“ verkauft werden, dienen sie primär den Profiten von Investor\*innen und führen im kapitalistischen System zu steigenden Mieten, Verdrängung von langjährigen Bewohner\*innen und dem Verlust kleiner, lokaler Betriebe.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

An die  
Frau Bezirksvorsteherin  
Christine Dubravac-Widholm  
Brigittaplatz 10, 2. Stock, Zi. 227  
1200 Wien

Die unterfertigte Bezirksrat Christian Enöckl der Wiener Volkspartei Brigittenau stellt gem. § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung vom 25.Juni 2025 folgenden

## **Resolutionsantrag**

Die Bezirksvertretung Brigittenau spricht sich für sich für eine bessere, flächendeckende medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger der Brigittenau aus.

### **Begründung**

Die flächendeckende medizinische Versorgung der Bevölkerung ist ein zentraler Bestandteil eines funktionierenden Gesundheitssystems. Für eine gute Versorgung ist unter anderem eine ausreichende Anzahl von Fachärzten mit Kassenverträgen notwendig. Besonders in der Brigittenau zeigt sich jedoch ein deutlicher Mangel an diesen Kassenärzten. Besonders prekär ist die Lage in den Fachrichtungen der Kinder- und Jugendheilkund oder der Gynäkologie. Aktuell stehen zum Beispiel zwei Kinderärzte mit Kassenvertrag ca. 12.000 Kindern im Alter von 0 bis 14 Jahren gegenüber (Quelle: <https://www.heute.at/s/sechs-wiener-bezirke-haben-nur-1-kinderarzt-auf-kasse-120131856>).

Dieses Missverhältnis führt zu langen Wartezeiten, überlasteten Ordinationen und erschwertem Zugang zu medizinischer Versorgung für Familien. Besonders für sozial schwächere Haushalte kann dies eine große Herausforderung darstellen, da Wahlärzte häufig nur gegen private Bezahlung konsultiert werden können.



Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Brigittenau stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirkes am 18.03.2026 folgenden

### **ANTRAG**

#### **Überprüfung der Ampelschaltung im Kreuzungsbereich Jägerstraße / Wexstraße / Stromstraße**

Zur Verbesserung des Verkehrsflusses sowie zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer ersuchen wir die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien die aktuelle Ampelschaltung und Phasenabfolge an der Kreuzung Jägerstraße / Wexstraße / Stromstraße einer eingehenden Überprüfung zu unterziehen und Optimierungsmöglichkeiten (z. B. Anpassung der Grünphasen, Prüfung der Abbiegephasen) zu erarbeiten.

### **BEGRÜNDUNG**

Die Kreuzung Jägerstraße, Wexstraße und Stromstraße stellt einen zentralen Verkehrsknotenpunkt im 20. Wiener Gemeindebezirk dar. Aufgrund der komplexen Geometrie der Einmündungen und des hohen Verkehrsaufkommens kommt es hier regelmäßig zu massiven Stauerscheinungen und langen Wartezeiten in allen Fahrtrichtungen.

Besonders zu den Stoßzeiten führt die derzeitige Ampelschaltung dazu, dass der Rückstau oft weit in die angrenzenden Straßenzüge reicht. Dies provoziert nicht nur riskante Abbiegemanöver von ungeduldligen Autofahrern, sondern beeinträchtigt auch die Pünktlichkeit der dort verkehrenden öffentlichen Verkehrsmittel.

Zudem klagen Fußgänger und Radfahrer immer wieder über unvorteilhafte Intervallschaltungen, die das Überqueren dieser weitläufigen Kreuzung unnötig erschweren. Eine Evaluierung der Verkehrsströme und eine darauf basierende Neujustierung der Ampelphasen ist daher dringend erforderlich, um die Flüssigkeit des Verkehrs zu gewährleisten und potenzielle Gefahrenquellen zu minimieren.



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirkssitzung am **18. März 2026** folgende

## **ANTRAG**

### **Erhöhung der Verkehrssicherheit Übergang in der Jägerstraße/Staudingergasse**

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht durch Verbesserung der Sichtachsen und Reduktion der Höchstgeschwindigkeit, die Sicherheit im Bereich Jägerstraße/Staudingerstraße zu erhöhen.

## **BEGRÜNDUNG**

Die Jägerstraße im genannten Bereich ist eine beliebte Einfahrtsstraße, um vom Gaußplatz in die Brigittenau einzufahren. Anrainer:innen beklagen, dass es immer wieder zu Fahrten mit überhöhter Geschwindigkeit und Vorrangverletzungen am Zebrastreifen Höhe Staudingergasse kommt.

Tatsächlich gab es im Jahr 2023 zumindest einen Unfall mit verletzten Fußgängerinnen am Zebrastreifen.

Um die Sicherheit in diesem Bereich zu erhöhen sollten die Sichtachsen für Fußgänger:innen noch weiter verbessert und Tempo 30 für den Straßenzug zwischen Gaußplatz und Wallensteinstraße verordnet werden, eine die Geschwindigkeitsreduktion unterstützende Gestaltung wäre vorteilhaft.

Um Zuweisung in die Verkehrskommission wird ersucht.

## **EINFACHE SPRACHE**

### **Was steht im Antrag?**

Die Auto-Fahrer fahren in der Jägerstraße schnell.

Sie beachten manchmal den Zebrastreifen bei der Staudingergasse nicht.

Bei einem Unfall sind Menschen verletzt worden.

Deshalb muss die Straße sicherer werden:

- Gute Sicht für Fußgänger
- Tempo 30
- Die Straße so gestaltet werden, dass Autofahrer automatisch langsamer fahren.



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung am **18. März 2026** folgenden

## **ANTRAG**

### **Ausbau Radweg Friedensbrücke**

Die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, die Fortführung des Zweirichtungsradweges Alserbachstraße über die Friedensbrücke zu prüfen, mit dem Ziel, eine adäquate Verbindung zum Radweg Brigittenauer Lände zu schaffen.

## **BEGRÜNDUNG**

In der Alserbachstraße wurde ein den Standards entsprechender Zweirichtungsradweg gestaltet, der Sicherheit und zügiges Vorwärtskommen für Radfahrende ermöglicht. Bei der Weiterfahrt in Richtung Brigittenau und zum - gut ausgebauten - Radweg entlang Brigittenauer Lände stellt sich die Friedensbrücke als Nadelöhr dar. Hier müssen die Radfahrenden auf die gegenüberliegende Straßenseite wechseln und dort den Mehrzweckstreifen auf der Fahrbahn benützen, welcher auf der nur drei Meter schmalen Verkehrsfläche für Radfahrende unsicher ist und Autofahrende behindert.

Für eine Fortführung des Zweirichtungsradweges über die Brücke auf der Nordseite stehen hingegen 25 Meter Fahrbahnbreite zur Verfügung. Dies ermöglicht zwei Fahrspuren und einen Radweg von ausreichender Breite.

## **EINFACHE SPRACHE**

### **Was steht im Antrag?**

Auf der Friedensbrücke soll ein breiter Radweg sein.

Bei der Friedensbrücke endet ein breiter Radweg.

Radfahrende müssen dort die Straßenseite wechseln.

Radfahrende müssen danach einen schmalen Streifen auf der Straße nutzen.

Dieser Streifen ist für Radfahrende unsicher.

Der Streifen stört auch den Autoverkehr.

Auf der Nordseite der Brücke gibt es viel Platz.

Dort sind 25 Meter Fahrbahnbreite vorhanden.

Dieser Platz reicht für zwei Fahrspuren und einen breiten Radweg.



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung am **18. März 2026** folgenden

## **ANTRAG**

### **Notrufnummern auf Sitzbänken**

Die Bezirksvertretung Brigittenau ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats Wien, Sitzbänke in der Brigittenau mit der einer Notrufnummer von Gewaltschutzeinrichtungen für Frauen zu versehen.



## **BEGRÜNDUNG**

Viele der Frauen waren über lange Zeit Bedrohungen und Gewalt durch den späteren Mörders ausgesetzt. Opferschutzeinrichtungen wurden selten aufgesucht. Der Kontakt zu einer solchen Einrichtung ist aber der erste Schritt, um aus der Gewaltspirale auszubrechen und hat damit großes Potential, weitere Gewalt zu verhindern.

Information auf Bänken anzubringen, ist eine langfristige und verhältnismäßig kostengünstige Kampagne, die ideal auf solche Hilfsangebote aufmerksam machen kann. Unter anderem besteht die Möglichkeit, die Bänke orange zu markieren, als Zeichen der UN-Kampagne Gewalt an Frauen zu stoppen („orange the world“).

## EINFACHE SPRACHE

### Was steht im Antrag?

Viele Frauen werden bedroht und verletzt.

Aber nur wenige finden Hilfe.

Es ist wichtig, dass Frauen sich Hilfe holen.

Es gibt eine Telefonnummer für Hilfe: **01 71 71 9**

Wir wollen die Telefonnummer auf Bänke schreiben.

Jede Frau kann die Nummer lesen.

Jede Frau kann anrufen und Hilfe holen.



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung am **18. März 2026** folgenden

## **ANTRAG**

### **Wallensteinstraße: Umsetzung der Wünsche der Anrainer:innen**

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Planung der Neugestaltung der Wallensteinstraße im Sinne der Ergebnisse der Bürger:innen-Befragung durchzuführen und erste Maßnahmen zur Begrünung und Beschattung zu setzen.

### **Begründung**

Seit vielen Jahren warten die Brigittenauer:innen auf den von der Bezirksvorstehung versprochenen Umbau der Wallensteinstraße. Dazu wurde im April 2024 eine Bürger:innenbeteiligung durchgeführt, an der knapp 1.000 Personen teilnahmen. Das zeigt, den Brigittenauer:innen ist die Wallensteinstraße wichtig.

Bürger:innenbeteiligung ist ein demokratiepolitisches Instrument, das sehr ernst genommen werden muss. In der Brigittenau dürfen fast die Hälfte der Bewohner:innen im wahlberechtigten Alter aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft nicht wählen. Daher ist politische Teilhabe umso wichtiger. Wenn die Anliegen der Bürger:innen ernst genommen werden, stärkt das zudem das Vertrauen in die Politik.

Etwa 90 Prozent der Befragten wünschten sich mehr Begrünung und Beschattung, circa 80 Prozent der Anrainer:innen wollten sicheres Radfahren auf der Wallensteinstraße. Um die Antworten der befragten Anrainer:innen ernst zu nehmen, ist es wichtig, den Prozess klimafreundlichen Neugestaltung der Wallensteinstraße zu starten und die Planung durchzuführen.

Falls eine vollständige Umsetzung der Neugestaltung der Wallensteinstraße aufgrund der budgetären Situation der Stadt derzeit nicht möglich ist, sollen zumindest erste Schritte in der Umgestaltung gesetzt werden. Da der vordringlichste Wunsch der Anrainer:innen Begrünung und Beschattung war, sollen erste Umsetzungsmaßnahmen, wie zum Beispiel das Pflanzen von Bäumen, in diesem Bereich gesetzt werden. Bäume spenden Schatten und kühlen die Straße, die in einer Hitzeinsel liegt.

## **Leichte Sprache**

### **Was steht im Antrag?**

Die Menschen in der Brigittenau warten schon lange auf den Umbau der Wallensteinstraße.

Die Bezirksvorstehung hat ihn versprochen.

Im April 2024 gab es eine Befragung.

Fast 1.000 Menschen machten mit.

Fast alle wollen mehr Grün und Schatten.

Viele wollen sicher mit dem Rad fahren.

Die Menschen haben gesprochen.

Jetzt muss die Politik handeln.

Der Bezirk soll den Umbau starten.

Vielleicht ist im Moment nicht genug Geld da.

Dann geht nicht alles auf einmal.

Daher soll man klein anfangen.

Der wichtigste Wunsch ist Grün und Schatten.

Darum soll man zuerst Bäume pflanzen.

## **Antrag Radständer Webergasse / Ecke Denisgasse**

Die unterzeichnende Bezirksrätin des Klubs der KPÖ Brigittenau stellt gemäß §24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau am 18.03.2026 folgenden **Antrag**:

*Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, einen Fahrradständer an der Webergasse / Ecke Denisgasse auf der gegenüberliegenden Seite zu errichten.*

### **Begründung:**

Der vorliegende Fahrradständer ist überlastet und Fahrräder werden an nicht dafür vorgesehene Stellen angeschlossen. Um dieser Nachfrage nachzukommen, soll ein weiterer Fahrradständer auf der gegenüberliegenden Straßenseite Ausgleich schaffen.



*1: Zu sehen ist der überfüllte Radständer sowie der freie Platz auf der gegenüberliegenden Seite*

Nathalie Burkowski

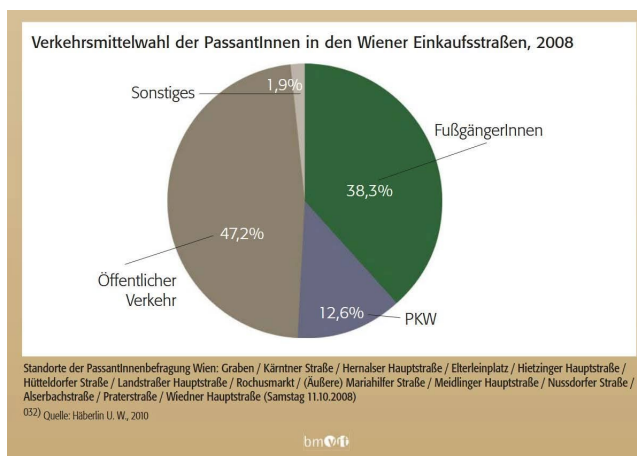
## Antrag der Partei LINKS zur Parkplatzvermehrung Wallensteinstraße



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

### Antrag

**Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Umwidmung von Parkplätzen zu Fahrradabstellanlagen auf der Wallensteinstraße zu prüfen.**



### Begründung

Auf der Wallensteinstraße befinden sich viele Parkplätze, allerdings sind davon kaum welche Radparkplätze. Durch die Umwidmung eines Allgemeinparkplatzes, der nur für Kfz geeignet ist, entstehen bis zu 10 mal so viele Stellplätze. Die Wallensteinstraße ist eine beliebte Einkaufsstraße, die Bedeutung von Kfz-Parkplätzen in Wiener Einkaufsstraßen wird allerdings stark überschätzt, nur jede\*r Achte kommt mit einem Kfz zum Einkaufen. Eine Vervielfachung der Parkplätze würde das Einkaufen daher für viele Menschen erleichtern.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

## Antrag der Partei LINKS zur Versetzung von Altglascontainern neben Radwegen

Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

### Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, folgende Altglascontainer, die sich an Radwegen befinden, zu versetzen:

**Universumstraße vor Nr. 21**

**Traisengasse vor Nr. 8**

**Engerthstraße gegenüber Nr. 124**

**Marchfeldstraße vor Nr. 14**



**Bild: Altglascontainer vor Universumstraße 21.**

### Begründung

In der Nähe von Altglascontainern finden sich öfters Glassplitter, die z.B. durch Fehlwürfe entstehen. Bei Altglascontainern, die sich direkt an Radwegen befinden, ist dies fatal, da auch

sehr kleine Splitter die Fahrradschläuche kaputtmachen können. Glassplitter sind eine sehr häufige Ursache bei defekten Fahrradschläuchen. Dies erfordert ein Austauschen des Schlauchs und gegebenenfalls das Aufsuchen einer Fahrradwerkstatt, während der Reparatur ist das eigene Verkehrsmittel dann für mehrere Tage nicht verfügbar. Da dies sehr häufig vorkommt, wird der gesamte Schaden in Wien in die Millionen geschätzt.

Außerdem kommt es zu einer erhöhten Unfallgefahr. Einerseits wenn Radfahrende Glassplitter oder herumliegende Flaschen wahrnehmen und sie spontan probieren auszuweichen. was gerade auf vielbefahrenen Radwegen zu gefährlichen Situationen mit anderen Radfahrenden oder Fußgehenden führen kann. Andererseits erhöht ein defekter Reifen die Wahrscheinlichkeit von Stürzen deutlich, da das Fahrrad an Stabilität verliert, schlechter lenkbar ist und insbesondere in Kurven oder bei Ausweichmanövern schneller wegrutschen kann.

Das Versetzen der Altglascontainer weg von Radwegen würde hier Abhilfe schaffen.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

## Antrag der Partei LINKS zu einer Musikplattform beim Donaukanal



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

### Antrag

**Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung einer Plattform für Musikveranstaltungen am Donaukanal zu prüfen.**



Agora Konzert- und Liegeplattform, Schwedenplatz



Outdoor-Stromauslass

### Begründung

Der Donaukanal entlang der Brigittenauer Lände ist ein beliebter Freizeitbereich ohne Konsumzwang. Nach Vorbild der Agora gleich stromabwärts der Schwedenbrücke im 2. Bezirk könnte in einer Grünfläche eine Holzplattform errichtet werden mit Stromanschluss, damit lokale Nachwuchsbands dort auftreten können.

Gerade junge Menschen, Musiker\*innen und Kulturschaffende stehen oft unter großem finanziellen Druck. Ein frei zugänglicher Auftrittsort im öffentlichen Raum schafft kulturelle Teilhabe und stärkt die lokale Kulturszene. Eine solche Infrastruktur ist daher ein wichtiger Beitrag zu einer sozialen Stadtpolitik, die öffentlichen Raum als Ort der Begegnung, der Kultur und der Teilhabe für alle versteht – unabhängig vom Geldbörse.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

# Antrag der Partei LINKS zu Radinfrastruktur Wallensteinstraße



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

## Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung zeitgemäßer Radinfrastruktur auf der Wallensteinstraße zu prüfen.

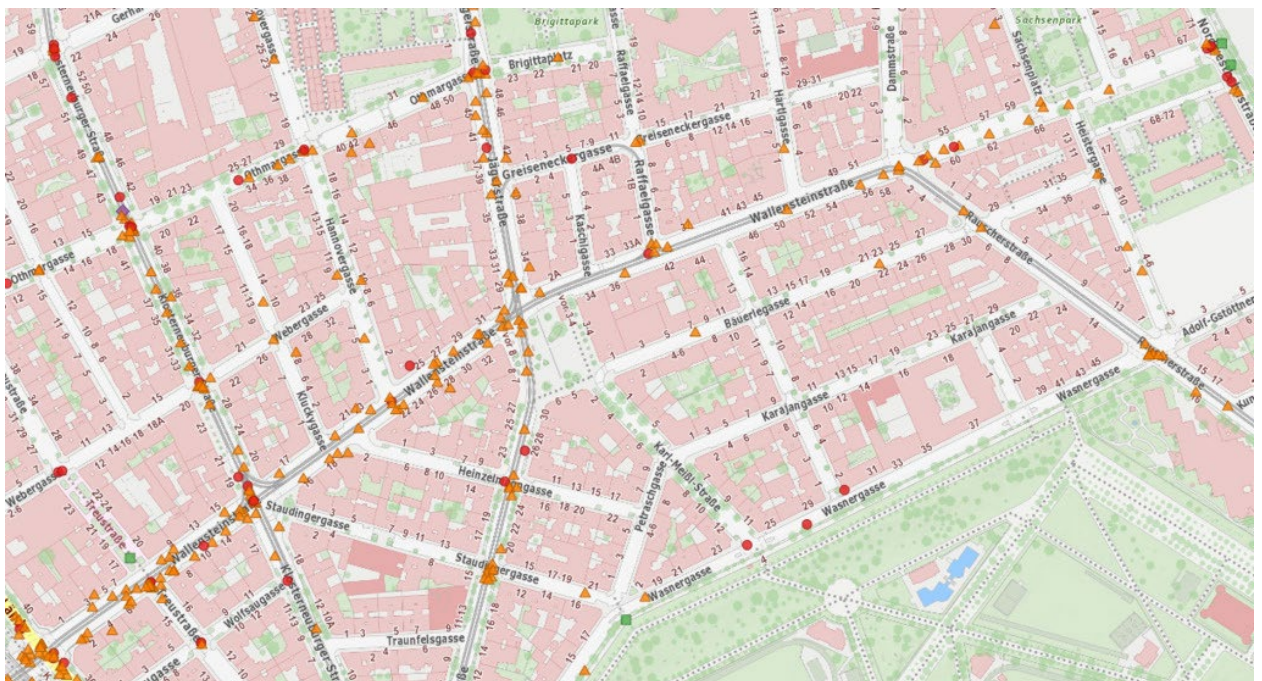


Bild: Wallensteinstraße 2015-2024: 116 Kollisionen mit Verletzten (nach Statistik Austria).

## Begründung

Im April 2024 – vor knapp 2 Jahren - fand eine Bürger\*innenbeteiligung zur Umgestaltung der Wallensteinstraße statt, die unter anderem den starken Wunsch der Bevölkerung nach einem Radweg ergab.

Ende 2025 wurde ein Zweirichtungsradweg in der Alserbachstraße errichtet, der vom Gürtel bis zur Friedensbrücke führt. Es ist dringend notwendig, die gefährliche Situation für Radfahrende in der anschließenden Wallensteinstraße zu entschärfen und den Radweg dort fortzusetzen.

Bei einem Tempo 50, das oft überschritten wird, müssen Radfahrende zwischen Straßenbahn(gleisen) und parkenden Autos mit den fahrenden Autos konkurrieren, die sie dort oft sehr knapp überholen, was bei dem geltenden Überholabstand von mindestens 1.5m innerorts bei über Tempo 30 außerdem starfbar ist.

In den letzten 10 Jahren der Zählung (2015-2024) gab es allein in der Hälfte der Wallensteinstraße westlich des Wallensteinplatzes: 86 Kollisionen mit polizeilich gemeldeten Verletzten, davon 32 mit Radbeteiligung (hier gezählt:

<https://www.statistik.at/atlas/verkehrsunfall/>)

Laut bundesweiten gültigen Richtlinien muss es dort aufgrund des Verkehrsaufkommens entweder einen baulich getrennten Radweg geben oder Tempo 30. Laut RVS (bundesweite Richtlinien für Verkehr und Straßenbau): bei Tempo 50 (wie derzeit) ab 5000 Kfz/Tag baulich getrennter Radweg nötig, bei Tempo 30 erst ab 10.000 Kfz/Tag - lt. letzter 5-Jahres-Zählung 2015 (2020 war nicht aussagekräftig wegen COVID) (<https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrup/download/pdf/4429234>): ca. 6000 Kfz/Tag in Richtung stadtauswärts d.h. zumindest 10.000 in beide Richtungen zusammen, mit dem Ausbau des Nordwestbahnhofs wird das Kfz-Verkehrsaufkommen in der Wallensteinstraße und ihrer Umgebung noch deutlich zunehmen. Durch den Ausbau von Radinfrastruktur kann diese Belastung reduziert werden.

Da die ursprünglich noch für 2024 angekündigte Umgestaltung der Wallensteinstraße laut Aussage von Stadträtin Sima auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, damit möglicherweise abgesagt ist, ist es dringend erforderlich, den Radweg von dieser Neugestaltung zu entkoppeln.

Die vier Kfz-Spuren (zwei Parkspuren, je eine Richtungsfahrbahn pro Richtung) auf der Wallensteinstraße ermöglichen es, den reichlich vorhandenen Platz umzuverteilen, um dadurch Radinfrastruktur zu errichten.

Für eine ideale Erreichbarkeit von lokalen Adressen und Betrieben sind zwei Einrichtungsradwege, auf jeder Seite der Wallensteinstraße auf ihrer gesamten Länge, zweckmäßig. Die Wallensteinstraße ist seit dem letzten Jahrtausend im Hauptradwegenetz der Stadt Wien und bereits 2002 sollte dort ein Radweg gebaut werden.

Eine Entschärfung der Wallensteinstraße könnte mittels Tempo 30 mit Ausnahme Straßenbahn schnell und kostengünstig mittels wenigen Verkehrsschildern durchgesetzt werden.

Ein Pop-up Radweg könnte ebenfalls kostengünstig und schnell mittels mobilen Trennelementen errichtet werden (wie während COVID) durch Umwidmung von Parkplätzen.

Hannah Knust



## Antrag der Partei LINKS für mehr Demokratie in der Brigittenau



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

### Antrag

**Die Bezirksvorsteherin wird ersucht, die Sitzungsfrequenz der Bezirksvertretung Brigittenau wieder zu erhöhen und künftig häufiger Sitzungen einzuberufen.**

### Begründung

Im letzten Jahr wurde die Anzahl der Bezirksvertretungssitzungen auf nur noch eine Sitzung pro Quartal reduziert. Eine lebendige Demokratie lebt jedoch von regelmäßiger Diskussion, Transparenz und politischer Auseinandersetzung. Die Bezirksvertretung ist das zentrale demokratische Gremium auf Bezirksebene. Sie ist außerdem der Ort, an dem Brigittenauer\*innen – vor Ort oder über den Livestream – politische Debatten verfolgen und nachvollziehen können, wie Entscheidungen für ihren Bezirk zustande kommen.

Gerade in Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit sowie gesellschaftlicher Polarisierung ist es wichtig, demokratische Räume nicht einzuschränken, sondern zu stärken. Mehr regelmäßige Sitzungen bedeuten mehr Transparenz, mehr politische Debatte und mehr Möglichkeiten, Anliegen aus dem Bezirk zeitnah aufzugreifen.

Regelmäßige Sitzungen geben den Mitgliedern der Bezirksvertretung die notwendige Möglichkeit, ihre demokratische Kontrollfunktion wahrzunehmen, unterschiedliche Perspektiven einzubringen und zu verhindern, dass Entscheidungen einseitig oder hinter verschlossenen Türen getroffen werden.

Daher ist eine Erhöhung der Sitzungsfrequenz ein wichtiger Schritt, um die lokale Demokratie in der Brigittenau zu stärken, die Arbeit der Bezirksvertretung transparenter zu machen und allen

Mandatar\*innen – auch der Opposition – die Möglichkeit zu geben, ihre Perspektiven einzubringen und die Anliegen der Bevölkerung wirksam zu vertreten.

Stefan Ohrhallinger

Hannah Knust

**Antrag der Partei LINKS zur Ampel  
Klosterneuburgerstraße/Leipzigerstraße**



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

**Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, das Tagesschaltprogramm der Verkehrslichtsignalanlage Klosterneuburgerstraße/Leipzigerstraße in der Nacht gleichermaßen zu schalten.**

Begründung

An dieser Kreuzung befindet sich eine sogenannte „intelligente Ampel“. Laut Auskunft MA33 ist diese Ampel untertags (6:00 - 20:00) auf Dauergrün für querende Zufußgehende und Radfahrende geschaltet, solange die durch die Videodetektoren keine Kfz erkannt werden und keine Straßenbahn angemeldet wird. Durch Beobachtungen wurde allerdings festgestellt, dass dieses „Dauergrün“ in der Form einer Verlängerung der Grünphase für Querende aufgrund der Phasenschaltung (bestätigt durch die Informationen der MA33) nur zum Einsatz kommen würde, wenn ca. 30 Sekunden lang weder Kfz noch Straßenbahnen ankommen, was in der Praxis so gut wie nie vorkommt.

In der Nacht würden durch die geringere Frequenz des motorisierten Verkehrs auf der Klosterneuburgerstraße solche längere Grünphasen und damit eine Beschleunigung des aktiven Verkehrs zum Einsatz kommen. Allerdings ist im Nachtprogramm (20:00 - 6:00) ein Dauergrün für Kfz vorgesehen. Die Deaktivierung dieses speziellen Nachtprogramms würde schnellere und sichere Querungen der Klosterneuburgerstraße zu Fuß und zu Rad in der Nacht ermöglichen. Andernfalls wären die Bezeichnungen „intelligente Ampel“ oder „Dauergrün für querenden Fuß- und Radverkehr“ auch stark irreführend und die eingesetzte moderne Technik nicht den Grundsätzen einer auf Sparsamkeit ausgerichteten Verwaltung gerecht.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

## Antrag der Partei LINKS für eine saubere Hundezone Hugo-Gottschlich-Park



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

### Antrag

**Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, zwei Mistkübel in der Hundezone im Hugo-Gottschlich-Park zu errichten, sowie weitere geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Sauberkeit in der Hundezone zu verbessern.**

### Begründung:

Die Hundezone im Hugo-Gottschlich-Park ist stark verunreinigt. Viele der Nutzer\*innen beschwerten sich über den Zustand der Hundezone, insbesondere über die mangelnde Sauberkeit. Beim Lokalaugenschein fällt auf, dass es in der besagten Hundezone lediglich einen sehr kleinen Mistkübel gibt, der oft überfüllt ist (siehe Bilder). Weitere Mistkübel gibt es in der Hundezone nicht. Hundekotbeutel, Müll und Zigarettenstummel liegen rund um den Mistkübel.

Im Gespräch mit dem für die Reinigung zuständigen Personal vor Ort geben diese an, dass ihnen dieses Problem bekannt ist und bereits mehrere Menschen diesbezüglich an sie herangetreten sind. Sie hätten das auch an ihren Vorgesetzten weitergegeben, bisher sei jedoch nichts passiert.

Saubere und einladende Parks – und damit auch die darin enthaltenen Hundezonen – sind kein Nice-to-have und keine Luxusfrage, sondern Teil einer funktionierenden öffentlichen Infrastruktur. Der öffentliche Raum gehört allen Menschen und muss daher auch entsprechend ausgestattet und gepflegt werden, damit er für alle nutzbar ist.

Es ist Aufgabe der Stadt, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Sauberkeit überhaupt möglich ist. Damit Menschen ihren Müll sowie Hundekot ordnungsgemäß entsorgen können, braucht es zwei weitere Mistkübel (mit integriertem Aschenrohr) in der Hundezone. Diese sollten sich idealerweise neben den Sitzbänken befinden, da sich dort die Menschen in der Hundezone hauptsächlich aufhalten. Außerdem wäre das Aufstellen von Hinweisschildern mit der Bitte um ordnungsgemäße Entsorgung hilfreich.



Abbildung 1: Lokalaugenschein Hundezone 22. Jänner 2026



Abbildung 2: Lokalaugenschein Hundezone 10. Februar 2026



Abbildung 3: Lokalausweis Hundezone  
23. Februar 2026



Abbildung 4: Lokalausweis Hundezone  
20. Februar 2026

Stefan Ohrhallinger

Hannah Knust

## Antrag der Partei LINKS für einen autofreien Schulvorplatz bei der VS Greiseneckergasse



Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen Hannah Knust und Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigittenau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

### Antrag

**Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, einen autofreien Schulvorplatz vor der Volksschule Greiseneckergasse zu prüfen.**

### Begründung



Bilder: Volksschule Greiseneckergasse mit Gitter zwischen Schultor und Parkplätzen.

Die Gitter stellen ein (nicht nur) feuerpolizeiliches Risiko dar, wenn sich Hunderte Schüler\*innen und die abholenden Eltern dort durchdrängen müssen. Die wenigen Parkplätze vor dem Schulgebäude könnten in einen Raum mit Aufenthaltsqualität (Sitzbänke, Begrünung) umgewandelt werden, das Gitter zur Fahrbahn hin vorversetzt werden.

Hannah Knust

Stefan Ohrhallinger

An das  
Bezirksamt Brigittenau  
z. Hd. Frau Bezirksvorsteherin Christine Dubravac-Widholm

## **Antrag betreffend Überprüfung der Ampelschaltung am Höchstädtplatz**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Bezirksvertretung Brigittenau stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung am 18. März 2026 folgenden

### **ANTRAG**

Die Bezirksvertretung Brigittenau ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats Wien die Schaltung der Ampelanlage am Höchstädtplatz hinsichtlich der Dauer der Grünphasen für die Fußgängerübergänge zu überprüfen und nach Möglichkeit etwas zu verlängern.

### **Begründung**

Mit Beginn der Führung der Straßenbahnlinie 12 über den Höchstädtplatz ist die Dauer der Ampelschaltung bei mehreren Fußgängerübergängen für Fußgänger:innen zeitlich problematisch geworden. So ist beispielsweise ein Überqueren des Fußgängerübergangs bei der Dresdnerstraße in Richtung Höchstädtplatz bei abbiegenden Straßenbahnen der Linie 12 kaum mehr in einem Zug möglich; umso gravierender ist die Problematik für mobilitätseingeschränkte Personen (auch ohne abbiegende Straßenbahn der Linie 12).

Ebenso wären die Schaltzeiten Stromstraße in Richtung Höchstädtplatz zu überprüfen. Die kurze Grünphase (mit oftmals nicht bekannter „Räumungsphase“) verursacht ein subjektives Stressgefühl und Unsicherheit. Eine Anpassung der Grünphasen würde die Verkehrssicherheit erhöhen, insbesondere für Kinder, ältere Menschen sowie Personen mit eingeschränkter Mobilität. Dies auch im Hinblick auf den „Masterplan Gehen“.

Um die Umsetzungsmöglichkeiten/Problematik näher zu erörtern und Expertenmeinungen einzuholen wird die **Zuweisung zur Mobilitätsskommission ersucht**.

Wien, am 9. März 2026

Mag. Thomas Zimmermann

Mag. Petra Schittler

Robert Mahrhofer

Tobias Leitner

**Klub der Neuen Volkspartei Brigittenau**  
**Bezirksrätinnen und Bezirksräte**  
Jägerstr. 3 /1200 Wien

**Die Wiener  
Volkspartei**  
Brigittenau

An die  
Frau Bezirksvorsteherin  
Christine Dubravac-Widholm  
Brigittaplatz 10, 2. Stock, Zi. 227  
1200 Wien

Die unterfertigte Bezirksrat Christian Enöckl der Wiener Volkspartei Brigittenau stellt gem. § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung vom 18.März 2026 folgenden:

## **Antrag**

Die Bezirksvertretung Brigittenau ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien, die Ampelphasen des Fußgängerübergangs an der Kreuzung Wexstraße/Jägerstraße verkehrsplanmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls die Grünphase für Fußgänger in den Morgenstunden sowie zur Mittagszeit zu verlängern, um insbesondere den zahlreichen Schülerinnen und Schülern der nahegelegenen Schulen ein sicheres Überqueren der Straße zu ermöglichen.

Eine Zuweisung zur zuständigen Kommission wird gewünscht.

## **Begründung**

Die langen Rotphasen des Fußgängerübergangs zum TGM in Verbindung mit der großen Anzahl an Schülerinnen und Schülern führt leider immer wieder zu problematischen, teils gefährlichen Situationen - insbesondere vor Unterrichtsbeginn und während der großen Vormittags- bzw. Mittagspause. Eine erneute Überprüfung der Ampelschaltung bzw. ein möglicher Ersatz oder Ergänzung der vorhandenen Ampelanlage durch eine „intelligente“ Ampelanlage um die Grünphasen des Fußgängerübergangs zu bestimmten Tageszeiten zu verlängern ist demnach gewünscht.